

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch andere Bezugsstellen gegen Vorlage in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 20, durch die Post bezogen vierteljährlich 50, mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Gebühren sowie andere Ausgaben und Geschäftsrisiko nehmen Inhaber der Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Verleger nicht verpflichtet auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Inhaltlicher Preis 20. Für die 6 wöchentliche Ausgabe über deren Raum, Postämter, die 2 wöchentliche Ausgabe 20. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 20. Bei Abnahme von 20 Exemplaren 30. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 40. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 50. Bei Abnahme von 200 Exemplaren 60. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 70. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 80. Bei Abnahme von 2000 Exemplaren 90. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 100. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 110. Bei Abnahme von 20000 Exemplaren 120. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 130. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 140. Bei Abnahme von 200000 Exemplaren 150. Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 160. Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 170. Bei Abnahme von 2000000 Exemplaren 180. Bei Abnahme von 5000000 Exemplaren 190. Bei Abnahme von 10000000 Exemplaren 200.

Erste Ausgabe seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostorf.

Verleger und Druck: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Häffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 43

Sonntag den 19. Februar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Es ist beantragt worden, die Errichtung einer

Töpfer- und Ofenseker-Zwangs-Innung,

der alle im Kreisauptmannschaftlichen Bezirke Dresden das Töpfer- und Ofensekerhandwerk selbständig Betreibenden angehören sollen. Diese werden aufgefordert, sich schriftlich

oder mündlich bis zum 6. März 1922 im Neuen Rathause, Dresden, Zimmer 298, für oder gegen Errichtung dieser Zwangsinnung zu äußern.

Die Liste über die Teilnehmer an der Abstimmung liegt vom 7.—22. März 1922 ebenda öffentlich aus. Nach dem 22. März angebrachte Widersprüche werden nicht berücksichtigt. Dresden, am 15. Februar 1922. Der Kommissar, Stadtrat Reichardt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist auf Dienstag, 21. Februar, nach Berlin einberufen.
- Das Gesetz gegen Kapitalflucht ins Ausland wurde bis zum 1. März 1922 verlängert.
- Der Vertreter Englands in der Reparationskommission tritt dafür ein, die Zahlungen Deutschlands im laufenden Jahre auf 500 Millionen Goldmark zu ermäßigen.
- Karl von Habsburg soll eine jährliche Rente von 600 000 Goldfranken erhalten. Die Vorkonferenz in Paris beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit.
- Die amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland werden unverzüglich um 203 Offiziere und 3000 Mann verringert. Es bleiben noch 169 Offiziere und 2217 Mann zurück.

Mit Vorbehalt!

Das Gleiche wollen und auch das Gleiche nicht wollen, darin besteht die wahre Freundschaft. So sagt ein altes lateinisches Sprichwort. Von einem Vorbehalt ist darin nicht die Rede, und wenn der eine der beiden Freunde bei einem gemeinsamen Vorhaben einen Vorbehalt macht, so ist es manchmal nicht mehr die ganz echte Freundschaft, die dahinter steckt. Nun kommt aus London eine Nachricht, an der für uns Deutsche die Worte „mit Vorbehalt“ mit das Interessanteste sind. Diese Meldung besagt, daß die britische Regierung mit gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der französischen Regierung ausgesprochen hat, daß die Frage der deutschen Reparationsverpflichtungen für das laufende Jahr von der Reparationskommission geprüft werde. Dahinter verbirgt sich mehr, als man auf den ersten Blick sieht.

Weder die Besprechungen in London, noch die in Paris, noch die in Cannes haben zu wirklich endgültigen Festsetzungen über die deutschen Zahlungsverpflichtungen für das laufende Jahr geführt. Zuletzt wurde in Cannes nur soviel bestimmt, daß wir bis auf weiteres alle zehn Tage 31 Millionen zu zahlen haben, und diese Ratenzahlungen sind inzwischen auch pünktlich innegehalten worden. Doch aber ist die Gesamtregelung des Reparationsproblems unerledigt, und zwar vor allem deshalb, weil man sich zwischen Paris und London nicht darüber einig konnte, wie viel man dem deutschen Wirtschaftskörper noch abhaben könne, ohne daß er vollkommen entkräftet zu Boden sinkt. Die seitherige so jäh unterbrochene Konferenz von Cannes ging auseinander, ohne dieses Rätsels Lösung gefunden zu haben. Man hatte aber immerhin gemerkt, wie schwierig sie zu finden ist, und hat auch jetzt noch eine gewisse Scheu, dieses heiße Eisen anzufassen, denn was Frankreich für zu wenig hält, ist den Engländern zu viel, und was die Londoner Geschäftsleute sagen: „Solche Bestimmungen für Deutschland schlagen unsere lebenswichtigen Handelsbeziehungen mit den Summen in Stücke“, da schreien die Franzosen: „Der Hocke muß zahlen, bis der letzte Schornstein in der Kriegzone wieder raucht.“ Wo sind die schönen Tage vor Versailles hin, in denen Clemenceau, Lloyd George und Wilson in inniger Harmonie aus dem Vollen schöpften? Heute gibt England Millionen über über Millionen für Arbeitslosenunterstützung aus. Man muß rechnen, anstatt zu diktieren. Da man aber um keinen Preis nach außen hin als uneinig erscheinen darf, so schiebt man die Behandlung der wichtigsten Frage, eben dieses berühmte „Reparationsproblem“, einer zweiten Instanz zu, die sich die Zähne ausbeißt mag. Wenn die Reparationskommission dabei etwas zustande bringt, was immer noch nicht genehm ist, so sind ja die Regierungschefs immer noch da, um ja oder nein dazu zu sagen.

Die Engländer machen aber bei diesem Wandel ihren Vorbehalt. Warum? — Der Vorkonferenz der Reparationskommission, der einen sehr starken Einfluss in ihr hat, ist der Franzose Dubois. Man kennt ihn als einen derjenigen Köpfe, die mit der größten Hartnäckigkeit am Buchstaben des Friedensvertrages hängen, und von dem daher schwerlich zu erwarten ist, daß die englischen Wünsche und Wünsche bei ihm die nötige Berücksichtigung finden. Um so verständlicher ist es, daß die ganze Überweisungsfrage von den Franzosen angeregt worden ist. Poincaré selbst hat dieser Sache noch besonderen Nachdruck gegeben, indem er in der Kammer erklärte, die Reparationskommission habe Ursache gehabt, unzufrieden zu sein, sie habe sich fortgesetzt an die Regierungen wenden müssen, von nun an aber werde sie ihre Nachrichten wieder besitzen. Poincaré prophezeit, was er wünscht. Ja er behauptet sogar, daß er sich nach dieser Richtung hin in volstem Einvernehmen mit den Alliierten befindet. Ein paar Seitenhiebe führt er dann noch gegen die deutschen Steuerverhältnisse, die seiner Ansicht nach uns Deutschen

noch ein viel zu schönes Leben gestatten, und faßt den Sinn seiner Worte in den Satz zusammen: „Die Reparationskommission muß handeln!“ — Ja, sagen die Engländer, aber mit Vorbehalt!

Dieser Vorbehalt läßt sich besonders gut verstehen, wenn man die Dinge ziffernmäßig betrachtet. Herr Dubois wünscht Deutschland die finanziellen und sonstigen Garantien (für eine Zahlungsermäßigung auf 720 Millionen Goldmark) zu diktieren, und zwar gleich mit Sanktionsdrohungen. Englands Vertreter, Bradburn, aber schlägt vor, Deutschlands Zahlungen für 1922 auf 500 Millionen Goldmark zu ermäßigen. Die Differenz von 220 Millionen verlangt Herr Dubois natürlich um so mehr zu befestigen, als die französische Kammer an sich schon genug Schwierigkeiten mit der Ordnung des Staatshaushalts zu haben scheint. Möglicherweise würde sich England zu einem anderen Zugeständnis bereitfinden lassen, wozu auch die Vollmachten des neu geschaffenen Garantiekomitees verringert werden, hingegen der Einfluss der Reparationskommission auf die deutsche Finanzreform verstärkt werden soll.

Die Debatte über die deutschen Zahlungen ist mit Poincarés Kammererklärungen wieder eröffnet. Vorläufig sind nur Vorbehalte zur Sprache gekommen, die aus den besonderen Interessen Englands entspringen. Betsch ist die Zeit nicht mehr fern, in welcher die wiedererwachende weltwirtschaftliche Bournunft ihre weit größeren Vorbehalte zur gesamten Reparationsfrage geltend macht.

Gegen die Kapitalabwanderung.

Im englischen Unterhause erklärte Schatzkanzler Sir Robert Horne, daß die Reparationskommission nach den Beiträgen von Versailles und St. Germain keine Nacht befürge, der Abwanderung von Kapital aus Deutschland und Österreich Einhalt zu tun. Wie weit es wünschenswert sei, die Ausfuhr von Kapital aus Deutschland zu kontrollieren, werde zweifellos im Zusammenhang mit dem Ersuchen der deutschen Regierung um Erleichterung der Zahlungen für 1922 erwogen werden.

„Mehrheit ohne Klarheit.“

Ein Nachtrag zur Vertrauensfrage.

Wie stark die Überzeugung, daß das Reichstagsvotum für Dr. Wirth die Krise nicht endgültig belegte, selbst in führenden Kreisen der Sozialdemokratie verbreitet ist, obwohl doch gerade diese Partei allein fast die Hälfte aller Ja-Stimmen stellte, das zeigt ein Artikel des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann im Vorwärts, in welchem es u. a. heißt:

„Der Reichstagskanzler Wirth hat eine Mehrheit für das Vertrauensvotum bekommen, aber er hat trotzdem keine sichere Mehrheit für seine Steuerpolitik. Mit anderen Worten: die Situation ist noch genau so verworren, wie sie vor der Vertrauensabstimmung gewesen ist. Wie die Deutsche Volkspartei bald mehr zu den Demokraten, bald mehr zu den Deutschnationalen neigt, so macht die U. S. P. D. bald gemeinsame Sache mit der S. P. D., bald aber liedäugelt sie aus Angst vor künftigen Wahlen mit den Kommunisten. Aberdort ist die Politik dieser beiden Parteien nicht bald, dann ist an eine vernünftige Steuerpolitik ebenfalls zu denken, wie an eine Klärung der politischen Situation überhaupt. Dann aber könnte bis zu einer Neuwahl des Reichstags nur noch von der Hand in den Mund registriert werden, um es ganz volldäufig zu sagen, nur wo weiter geht es.“ — Scheidemann tritt jedoch nicht unbedingt für Neuwahlen ein, sondern sagt in umschreibender Form darüber nur: „Wenn ich von Wahlen rede, so deshalb, weil ich bitten möchte, einen anderen Weg anzugehen, der zu einer politischen Klärung führen könnte, falls jemand einen anderen Weg weiß.“ — Weiterhin meint er, die einfachste Lösung wäre natürlich, wenn die verständigeren Männer der U. S. P. D. in ihrer Fraktion die Mehrheit erlangen und die Fraktion der U. S. P. D. die Regierungspartei bilden könnte. Er hält aber trotz aller augenblicklichen schweren Verfassungen alle Möglichkeiten offen, indem er sagt: „Wie weit eine Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei in Betracht kommen könnte, ist vorläufig nicht abzusehen. Alles in allem: Eine vollkommen klare Situation, aus der wir so bald als möglich heraus müssen.“

Man ist gegenwärtig auch in anderen parlamentarischen Kreisen der Auffassung, daß die „Verhandlungen“ über Koalitionsfragen zunächst einmal ruhen müssen, und daß erst einmal versucht werden soll, wie weit die Parteien beim Steuerkompromiß praktische Arbeit zu leisten vermögen.

20% Erhöhung der Gütertarife.

Ab 1. März 1922.

In einer halbamtlichen Veröffentlichung werden neue Erhöhungen der Gütertarife ab Beginn des kommenden

Monats angekündigt. In der Veröffentlichung heißt es u. a.:

Die Ausgaben der Reichsbahn haben sich in letzter Zeit bedeutend erhöht. An Arbeiter werden erhöhte Stundenlöhne und besondere Übersteuerungszuschläge gezahlt. Der Teuerungszuschlag der Beamten ist seit dem 1. Januar d. J. um 2000 Mark erhöht worden. Die Befähigungszulage hat eine Erhöhung um 50 Prozent erfahren. Die Belastung der Reichsbahn durch diese Beträge beläuft sich auf rund 3 Milliarden. Da erfahrungsgemäß mit der Erhöhung der Bezüge auch eine Steigerung der Materialpreise eintritt, ist mit einer Ausgabeerhöhung von insgesamt 6 Milliarden zu rechnen. Die Bewältigung von Übersteuerungszuschlägen für Beamte steht noch bevor. Die Reichsbahn erhöht zur Ausgleichung dieser Mehrausgaben die Güter-, Tier- und Erzeugnistarife, die bereits zum 1. Februar eine Steigerung erfahren haben, zum 1. März d. J. wiederum um 20 Prozent. Eine weitere Heraushebung der Ragnahme ist nicht möglich, da die Ausgaben zum größten Teil bereits seit dem 1. Januar eingetreten sind. Die Privatbahnen sind ermächtigt worden, sich der neuen Tarifserhöhung anzuschließen.

Schließlich wird auf die Ersparnismaßnahmen durch Verminderung des Personals hingewiesen und die neue Belastung des Wirtschaftsliebens bedauert. Solange aber die Aufwärtsbewegung der Preise anhalte, könne sich die Reichsbahn dieser Entwicklung nicht entziehen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das Gesetz gegen Kapitalflucht bleibt bestehen.

Der Reichsrat beschloß, daß das Gesetz gegen die Kapitalflucht bis zum 31. März 1922 verlängert werden soll und außerdem, daß künftig an Zahlungsmitteln 20 000 Mark ins Ausland mitgenommen werden dürfen, während es bisher nur 3000 Mark waren.

Deutsche Vorbereitungen für Genua.

Die Konferenz von Genua bildet seit längerer Zeit den Gegenstand eingehender Beratungen der einzelnen Ministerien, namentlich des Reichswirtschaftsministeriums, das mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft in enge Fühlung getreten ist. Das Programm für Genua umfaßt die Finanzfrage, die Regelung des Geldumlaufs, die Frage der Zentral- und Emissionsbanken, den Wiederaufbau, die Valutafrage, die Organisation des Kredit-, allgemeinen Wirtschafts- und Handelsfragen, Erleichterungen und Sicherungen für Ein- und Ausfuhr, Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums, Regelung des Konsularwesens, technische Hilfe beim industriellen Wiederaufbau, endlich das weite Gebiet des Transportwesens. Aber die Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genua steht noch nichts fest.

Annekstie für politische Vergehen?

Nach einer Berliner Meldung wird im Reichsjustizministerium ein Annekstiegesetz für politische Vergehen vorbereitet. Das Reichskabinett hat sich allerdings mit der Vorlage noch nicht befaßt.

Außerordentliches Kriegsgericht für Petersdorf.

Die im Zusammenhang mit der Petersdorfer Schießerei zwischen französischen Soldaten und Zivilisten verhafteten Personen sollen vor ein bereits in Bildung begriffenes außerordentliches Kriegsgericht der Interalliierten Kommission, das in Gleiwitz verhandeln wird, gestellt werden. So wird aus Dresden gemeldet. Oberbergtrat Weber soll aus der Haft entlassen werden.

Disziplinarmaßnahmen bei der Eisenbahn.

In einer amtlichen Darstellung der disziplinarischen Maßnahmen aus Anlaß des Beamtenstreiks wird gesagt, daß nur solche Beamte aus Anlaß des Streiks entlassen werden dürfen, die Urheber des Streiks waren, Sabotage oder gewaltsame Eingriffe verübten oder andere Beamte durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht behindert haben. Gegen unklünder Beamte, die solcher Handlungen beschuldigt sind, ist im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens vorzugehen. Maßregelungen, die auf Grund irrtiger Annahme erfolgt sind, werden zurückgenommen. Gegen solche, die zum Streik aufgefordert haben, werden Ordnungsstrafen verhängt. Willkürer sollen nicht bestraft werden.

Gleitende Lohn- und Gehaltskala.

Im Reichstagsausschuss für Beamtenangelegenheiten fand kürzlich im Beisein von Vertretern verschiedener Spitzenorganisationen der interessierten Kreise eine Besprechung über die Frage der gleitenden Lohn- und Gehaltskala statt. Nach Ausführungen von Vertretern der in Frage kommenden Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände